

# Endlich Fortschritt bei Palliativversorgung?

**Es hapert bei der Umsetzung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Jetzt schaltet sich das Bundesgesundheitsministerium ein.**

## Von Ilse Schlingensiepen

Das Bundesgesundheitsministerium will dafür sorgen, dass die Krankenkassen endlich im großen Umfang Verträge zur SAPV auf den Weg bringen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium Vertreter der Krankenkassen für den morgigen Mittwoch einbestellt.

Mit der Gesundheitsreform 2007 ist die SAPV zur Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung geworden. Inzwischen hat der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) die entsprechende Richtlinie veröffentlicht, die Rahmenempfehlungen des GKV-Spitzenverbands liegen vor. "Nach einem Jahr kann man noch nicht von einem offensiven Herangehen reden", sagte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt bei den 70. Aachener Hospizgesprächen, die von der Aachener Servicestelle Hospiz und dem Pharmaunternehmen Grünenthal organisiert wurden.

"Eine gute Krankenkasse erkenne ich daran, wie sie mit Schwerstkranken umgeht und ob sie auch bereit ist, Verträge zu schließen", sagte Schmidt. Der Gesundheitsfonds dürfe den Kassen nicht mehr als Entschuldigung für die Zurückhaltung dienen, betonte Schmidt. An diesem Wochenende hätten alle Kassen ihre Bescheide erhalten und wüssten, mit welchen Einnahmen sie rechnen können. Zudem gehe es im Bereich der palliativmedizinischen und hospizlichen Versorgung von Patienten nicht um große Summen. "Das bringt uns nicht in Beitragssatzprobleme."

Bei der palliativmedizinischen Versorgung kommt es nach Einschätzung der Ministerin vor allem auf das Zusammenwirken aller Beteiligten an. "Der Erfolg hängt von der Vernetzung und der Qualität ab." In seiner Richtlinie habe der GBA bewusst darauf verzichtet, Einzelheiten wie die Zusammensetzung der Palliative Care Teams präzise zu regeln, sagte der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Rainer Hess. Es gebe in diesem Bereich bereits viele unterschiedliche Modelle und Ansätze. "Wenn wir die Teams in ihrer konkreten Zusammensetzung definiert hätten, hätten wir zerstörerisch gewirkt", sagte Hess. Diese Flexibilität sei allerdings mit einem Risiko verbunden, gestand er ein.

Deshalb werde er prüfen, wie die Beteiligten mit den Vorgaben umgehen. "Sie haben meine Zusage: Wir werden die palliativmedizinische Versorgung in ihrer weiteren Entwicklung sehr genau beobachten", kündigte der GBA-Vorsitzende an.